



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Vorschläge zur nationalen Umsetzung der Verbraucherrechte- RL 2011/83/EU i. d. F. der RL (EU) 2023/2673

Aktuell seit 15.10.2025 09:58:07

Angegeben von:

Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V.
(R001752) am 27.08.2025

Beschreibung:

Wir sprechen uns gegen eine überschießende Umsetzung der geänderten Richtlinie 2011/83/EU im Hinblick auf Außergeschäftsraumverträge über Finanzdienstleistungen aus. Aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit sollten die gesetzlichen Widerrufsbelehrungsmuster beibehalten werden. Bei Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen setzen wir uns für eine Änderung der Verbraucherrechte-RL im Hinblick auf ein europäisches Widerrufsbelehrungsmuster oder zumindest für eine Öffnungsklausel für nationale Widerrufsbelehrungsmuster ein.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1856 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsvertragsrechts sowie zur Änderung des Behandlungsvertragsrechts
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsvertragsrechts (Vorgang)

Betroffene Interessenbereiche (6)

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Digitalisierung [alle RV hierzu]
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]
Verbraucherschutz [alle RV hierzu]
Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]
Zivilrecht [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (3)

BGB [alle RV hierzu]
BGBEG [alle RV hierzu]
PAngV 2022 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2508270002](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.07.2025 an:

Bundesregierung
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]